FRÄNKISCHE NACHRICHTEN

TAUBERBISCHOFSHEIM

BILD: DPA

GUT VORBEREITET

Yemisi Ogunleye peilt bei der Hallen-EM Gold an ▶ Sport

NÄRRISCHER ENDSPURT

Fastnachter liefen am Ende der tollen Tage noch einmal zur Höchstform auf ▶ Lokales

MITTWOCH, 5. MÄRZ 2025 · NR. 53 | FNWEB.DE | B 2917 · PREIS: 3,20 €

Trauer am Tag danach: Im Gedenken an die Opfer der Amokfahrt legen am Dienstag viele Menschen Blumen auf dem Paradeplatz ab. BILD: MICHAEL RUFFLER

Nach Amokfahrt viele offene Fragen

Todesfahrt: Verdächtiger Alexander S. soll am Dienstag vernommen worden sein. Details sind weiter unklar.

Mannheim. Nach der Amokfahrt am Montagabend in der Mannheimer Innenstadt, bei der zwei Menschen getötet und mindestens elf weitere verletzt worden sind, herrscht über das Motiv weiterhin Unklarheit. Wie Sprecherinnen von Staatsanwaltschaft und Landeskriminalamt am Dienstag dieser Redaktion mitteilten, sollte der festgenommene Alexander S. im Laufe des Tages vernommen und zur Haftprüfung vorgeführt werden. Details waren bis Redaktionsschluss ebenso wenig bekannt wie Antworten darauf, wie es den teilweise schwer verletzten Menschen geht.

Der 40 Jahre alte Alexander S. soll am Montagmittag mit hoher Geschwindigkeit in einem Auto über die Planken gerast sein und dabei Menschen gezielt angefahren haben. Ein 54 Jahre alter Mann und eine 83-jährige Frau waren getötet worden. Der Verdächtige soll sich vor der Festnahme mit einer Schreckschusswaffe in den Kopf geschossen haben. Am Dienstag ist er laut Behörden aus dem Krankenhaus entlassen worden.

Ermittler waren am Montagabend nicht von einem politischen Motiv ausgegangen. Vielmehr soll Alexander S. psychisch auffällig gewesen sein. Der deutsche Staatsbürger und Landschaftsgärtner ist ledig, wohnt in Ludwigshafen und soll nach Informationen dieser Redaktion in Heidelberg geboren und lange Zeit in Ladenburg gelebt haben.

Alexander S. ist wegen einer Trunkenheitsfahrt, wegen Körperverletzung und Hasskommentaren in sozialen Medien vorbestraft. Die letzte Strafe liegt etwa sieben Jahre zurück, erklärte der Leitende Oberstaatsanwalt am Montag. Nach Informationen dieser Redaktion wurde die Wohnung des mutmaßlichen Amokfahrers am Montagabend durchsucht.

Am Tag nach der Amokfahrt herrscht in der Innenstadt große Betroffenheit. Menschen legen an der Haltestelle Strohmarkt, wo der 54-Jährige ums Leben gekommen ist, sowie am Paradeplatz Blumen nieder und zünden Kerzen an. Am Plankenkopf stand den ganzen Tag über die Notfallseelsorge bereit, um für die Menschen da zu sein, die das Bedürfnis nach einem Gespräch haben.

Oberbürgermeister Christian Specht lief am Dienstagmittag über die Planken, um sich ein Bild zu machen. Er sprach mit Helferinnen und Helfern und bedankte sich für deren Einsatz. „Ich habe Verständnis, dass sich unter den aktuellen schlimmen Eindrücken viele Menschen verunsichert fühlen."

Gerätselt wird am Dienstag über einen Zettel, der im völlig zerstörten Tat-Auto gefunden worden sein soll. Am Montag hatten sich Ermittler dazu zurückhaltend geäußert. Ihr sei zu einem Zettel nichts bekannt, sagte Polizeipräsidentin Ulrike Schäfer. „Wenn es einen Zettel gab, werden wir das herausfinden, auch was da drauf steht und ob das relevant ist", fügte LKA-Chef Andreas Stenger hinzu.

Am Dienstagvormittag berichtet die dpa ebenfalls von dem Zettel, der eine Formel zu Reaktionsweg, Bremsweg und Anhalteweg zeigen soll. Zudem findet sich laut dpa auf dem Zettel eine Zeichnung mit einem Fahrzeug und einer Person davor sowie Pfeile, die nach links und rechts zeigen.

Die Ermittler messen diesem Fund keine große Bedeutung bei: Der Inhalt stelle wohl Überlegungen des Verdächtigen vor der Tat dar, heißt es.

Indes soll ein Taxifahrer den Amokfahrer gestoppt haben. Sein Fahrer habe die Verfolgung sofort aufgenommen, sagte der Geschäftsführende Vorstand der Taxizentrale Mannheim. Als der Täter auf Höhe des Quadrats E7 wendete, blockierte der Taxifahrer mit seinem Wagen die Weiterfahrt. Der Täter flüchtete zu Fuß und wurde später festgenommen. *kpl/seko/sik*

DAS WETTER

Mittwoch
13/-3° C
Sonnig

Donnerstag
15/-2° C
Sonnig

Freitag
15/-2° C
Sonnig

16-Jährige mit dem Auto überrollt

Prozess: 25-Jähriger muss 3200 Euro Strafe zahlen

Markelsheim/Bad Mergentheim. Es war kein ganz alltäglicher Verkehrsunfall, mit dem es die Polizei im August 2023 bei Markelsheim zu tun hatte. Fast schon banal klang dagegen die Anklage gegen einen 25-Jährigen, die nun vor dem Amtsgericht Bad Mergentheim verhandelt wurde. „Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort" warf die Staatsanwaltschaft Ellwangen dem jungen Mann vor. Er muss nun 40 Tagessätze zu je 80 Euro, also 3.200 Euro, zahlen. Vorgeworfen wurde W., mit seinem Auto eine 16-Jährige überrollt zu haben. Da er beim ersten Mal davon ausgegangen sei, einen Stein überfahren zu haben, fuhr er wieder vorwärts – und habe die Jugendliche ein zweites Mal erfasst. Die Staatsanwaltschaft hatte Ermittlungen wegen Unfallflucht und Körperverletzung eingeleitet. Übrig blieb von den Vorwürfen nur die Unfallflucht.

▶ Bericht Lokales

Spielraum für Investitionen

Haushalt: Bundesbank will Reform der Schuldenbremse.

Frankfurt. Eine Reform der Schuldenbremse könnte dem Bund nach Berechnungen der Bundesbank mittelfristig bis zu 220 Milliarden Euro Spielraum für Investitionen verschaffen. Die Notenbank schlägt vor, bei der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse die Obergrenzen für die Aufnahme zusätzlicher Kredite auszuweiten. Die europäischen Schuldenregeln sollen dabei keineswegs infrage gestellt werden, wie Bundesbank-Präsident Joachim Nagel versichert. Orientieren soll sich die Neuverschuldung daran, ob die Staatsverschuldung über oder unter 60 Prozent der Wirtschaftsleistung liegt. Der politische Streit um die Schuldenbremse beschäftigt auch Union und SPD bei ihren laufenden Sondierungen. *dpa*

Milliarden-Plan für Aufrüstung

Ukraine-Krieg: US-Präsident Trump stellt die Militärhilfe ein, die EU-Kommissionspräsidentin reagiert.

Brüssel/Berlin/Kiew. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat einen Plan zur Stärkung der europäischen Verteidigungsausgaben vorgeschlagen, mit dem nach eigenen Angaben bis zu 800 Milliarden Euro mobilisiert werden sollen. Die Sicherheit Europas sei auf sehr reale Weise bedroht, sagte von der Leyen in Brüssel. „Dies ist die Stunde Europas, und wir müssen ihr gerecht werden", erklärte sie.

Nur wenige Stunden zuvor hatte die Regierung von US-Präsident Donald Trump verkündet, ihre Militärhilfen für die Ukraine vorerst einzustellen – wenige Tage nach dem Eklat beim Besuch des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Weißen Haus. Der Schritt dürfte drastische Folgen für die Ukraine haben.

Ursula von der Leyen hat ein Verteidigungspaket vorgestellt. BILD: VIRGINIA MAYO/DPA

Selenskyj stimmte sich unterdessen auch mit CDU-Chef und Bundestagswahlsieger Friedrich Merz (CDU) ab. Er habe Merz für dessen Unterstützung der von Russland angegriffenen Ukraine gedankt, schrieb Selenskyj auf der Plattform X. Sie hätten ihre Positionen koordiniert und sich auf weitere Zusammenarbeit und Kontakte verständigt, schrieb Selenskyj weiter. Merz äußerte sich zunächst nicht zum Inhalt des Gesprächs, verbreitete auf X aber den Post Selenskyjs weiter. *dpa*

▶ Kommentar und Bericht Politik

Gegenzölle angekündigt

Welthandel: Kanada und China wehren sich gegen US-Zölle.

Washington. China und Kanada reagieren auf die seit Dienstagnacht geltenden neuen US-Importzölle ihrerseits mit Gegenzöllen. Kanadas Ministerpräsident Justin Trudeau kündigte bereits vor dem Inkrafttreten der US-Zölle Gegenmaßnahmen in gleicher Höhe an. China teilte am frühen Morgen deutscher Zeit mit, man werde ab dem 10. März zusätzliche Zölle vor allem auf landwirtschaftliche Produkte aus den USA erheben.

Kurz zuvor – nach Mitternacht US-amerikanischer Zeit – waren laut US-Medien die von US-Präsident Donald Trump angekündigten Zölle für Waren aus China, Mexiko und Kanada in Kraft getreten. *dpa*

▶ Bericht Wirtschaft

Gegen Bürokratie

Wirtschaft: Unternehmen laufen Sturm gegen die EU

Mannheim. Die deutschen Unternehmen laufen Sturm gegen die EU. Sie kritisieren heftig die Vorschriften zu der Nachhaltigkeitsberichterstattung. 12,6 Prozent der Betriebe glauben nicht, dass diese zu einer nachhaltigeren Wirtschaft beitragen. Der erforderliche Aufwand - der außerdem hohe Kosten verursacht - steht demnach in keinem Verhältnis zum Nutzen der Berichte. Dies ist das Ergebnis des German Business Panels (GBP) der Universität Mannheim. Die Unternehmen bemängeln außerdem, dass die für die Erfüllung der Berichtspflichten notwendigen finanziellen Mittel dann fehlen, um neue Nachhaltigkeitsmaßnahmen umzusetzen. Die EU-Kommission hatte Ende 2024 umfangreiche Entlastungen angekündigt.

▶ Bericht Main-Neckar

Kundenforum Tauberbischofsheim
Schmiederstraße 19
97941 Tauberbischofsheim

Kundenservice
09341 – 830

E-Mail
Abonnement/Zustellung: kundenservice@fnweb.de
Anzeigenabteilung: mediaservice@fnweb.de
Redaktion: red.tbb@fnweb.de

FN-Reisen
09341 – 83 222
tbb@fn-reisen.com

4 190291 703202 30110